

EU-Informationen der HSS-Verbindungsstelle Brüssel

Oktober 2010

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Barbara Mieth

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 15. November bis zum 21. November 2010

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Verhandlungen zum EU-Haushalt für 2011 am 15.11. gescheitert

Grund war der Widerstand von Großbritannien, den Niederlanden und Schweden gegen die Forderungen des EP nach Beteiligung an der finanziellen Vorausschau sowie mehr Flexibilität bei den Ausgaben. Die Begrenzung des Ausgabenanstiegs um nur 2.9% ist vom EP akzeptiert worden. Die Kommission wird in Kürze einen neuen Haushaltsentwurf vorlegen. Das neuerliche Verfahren könne aber Monate dauern. Bis zu dessen Abschluss gelte das Prinzip der „vorläufigen Zwölftel“, wonach für jedes Kapitel des Haushaltsplans maximal ein Zwölftel der für das Jahr 2010 bewilligten Mittel zur Verfügung gestellt werden, ohne jede Flexibilität. Der Europäische Auswärtige Dienst und die Finanzmarktaufsichtsbehörden könnten damit nicht finanziert werden. Rückzahlungen an die Mitgliedstaaten, insbesondere die Vorschüsse im Agrarbereich, blieben begrenzt. Zahlungen aus dem Solidaritätsfonds und dem Globalisierungsfonds könnten nicht getätigt werden. Für den Fusionsreaktor ITER gebe es kein Geld.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/117724.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/581&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/585&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Barroso in Berlin als "Europäer des Jahres" ausgezeichnet

EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso ist am 18.11. in Berlin vom Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) als "Europäer des Jahres 2010" ausgezeichnet worden. Der VDZ verlieh Barroso im Rahmen seiner Publishers' Night in Berlin die Goldene Victoria. Der Preis wurde in dieser Kategorie zum ersten Mal verliehen. Barroso erhielt den Preis aus den Händen von Edmund Stoiber.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9556_de.htm

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Aktionsprogramm für EU-Nachbarschaft und Russland

Die Kommission hat am 17.11. das Interregionale ENPI-Aktionsprogramm für 2011 verabschiedet. Es erstreckt sich auf die Länder der Europäischen Nachbarschaft und Russland und ist mit insgesamt 52 Mio. EUR dotiert. Damit sollen die Mobilität von Studenten sowie Regierungsreformen in den Ländern der Europäischen Nachbarschaft und Russland gefördert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1516&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/world/enp/index_en.htm

2. Fortschritte in Beziehungen der EU mit Georgien

Nach seinen Gesprächen mit dem georgischen Präsidenten Saakashvili erklärte Kommissionspräsident Barroso, dass die bilateralen Beziehungen gute Fortschritte machten. Die Verhandlungen über ein Assoziierungsabkommen hätten im Juli begonnen und könnten zu einem umfassenden Freihandelsabkommen führen, das Georgien den Zugang zum EU-Binnenmarkt eröffnet. Die EU trete auch für die territoriale Integrität von Georgien ein. Von der Nachkriegsunterstützung von 483.5 Mio. EUR seien 97% bereits bewilligt. Die EU arbeite auch weiterhin als Kovorsitzende zusammen mit der UNO und der OSZE in den Genfer Gesprächen zur Sicherheit in der Region.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/660&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

b) Außenhandel

1. USA bleiben größter Handelspartner der EU

Die USA bleiben der größte Handelspartner der EU, sowohl beim Waren- als auch beim Dienstleistungsverkehr, und zwischen den beiden Partnern gibt es ebenfalls signifikante Investitionsströme. Jedoch konnte in den letzten Jahren ein stetiger Rückgang des Anteils der USA am gesamten EU27 Warenverkehr beobachtet werden. Im Jahr 2000 entfielen auf die USA 28% der gesamten EU27 Ausfuhren, gegenüber 19% im Jahr 2009. Der Anteil der USA an den gesamten EU27 Einfuhren verringerte sich ebenfalls in diesem Zeitraum, von 21% im Jahr 2000 auf 12% im Jahr 2008, bevor er sich leicht erholte und 13% im Jahr 2009 erreichte.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/174&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Handelsbilanzüberschuss des Euroraums im September bei 2,9 Mrd. Euro

Nach ersten Schätzungen ergab sich für den Euroraum (ER16) im September 2010 ein Überschuss von 2,9 Mrd. Euro im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber +1,4 Mrd. im September 2009. Im August 2010 betrug der Saldo -5,0 Mrd. und im August 2009 -1,7 Mrd. Im September 2010 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum August 2010 um 0,6% zu, während die Einfuhren um 2,5% fielen.

Die EU27 wies nach ersten Schätzungen im September 2010 ein Handelsbilanzdefizit von 11,7 Mrd. Euro auf, gegenüber -10,5 Mrd. im September 2009. Im August 2010 wurde ein Saldo von -17,7 Mrd. und im August 2009 von -11,2 Mrd. verbucht. Im September 2010 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum August 2010 um 0,7% zu, während die Einfuhren um 1,5% fielen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/171&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Antidumpingzoll auf Polyethylenterephthalat (PET) aus China

Der Rat verabschiedete die Durchführungsverordnung des Rates zur Einführung eines endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren eines bestimmten Polyethylenterephthalats mit Ursprung in der Volksrepublik China nach einer Auslaufüberprüfung nach Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/117790.pdf (Council Ecofin)
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st15/st15392.de10.pdf> (Verordnung)

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Dritter EU-Afrika-Gipfel am 29./30.11. in Tripolis (Libyen)

Der Gipfel steht in diesem Jahr unter dem Motto "Investition, Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen". Dabei soll ein Aktionsplan für 2011-13 zu diesen Bereichen beschlossen werden. Weitere Schlüsselthemen sind Klimawandel, Frieden und Sicherheit, regionale Integration, Lebensmittelsicherheit und Migration. An dem Gipfel nehmen neben Kommissionspräsident Barroso und Ratspräsident Van Rompuy rund 80 Staats- und Regierungschefs aus Afrika und Europa teil.

<http://www.africa-eu-partnership.org/3rd-africa-eu-summit>

2. Beobachtermission für Volksabstimmungen im Südsudan

Die EU entsendet auf Bitten der Südsudan-Referendumskommission Experten zur Registrierung der Wahlberechtigten im November und Dezember. Die EU nimmt damit erstmals an einem solchen Verfahren teil. Die Ergebnisse werden von der EU-Beobachtermission unter der Europaabgeordneten Véronique de Keyser (S&D/BE) aufgegriffen, die ab Mitte Dezember den Ablauf der Referenden (09.-11.01.11) verfolgt. <http://www.eueom.eu/sudan2010/>

3. Förderung der Ernährungssicherheit in Kirgistan

Vom 15.-17.11. reiste Kommissar Piebalgs nach Usbekistan und Kirgistan. In Kirgistan unterzeichnete er eine Finanzierungsvereinbarung in Höhe von 2 Mio. EUR zur Unterstützung der Ernährungssicherheit.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1508&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

4. Mädchen aus Thüringen gewinnen EU-Wettbewerb gegen Armut

Zwei Mädchen aus Thüringen haben den Wettbewerb "Musik gegen die Armut" gewonnen. Antonia Montag und Mareike Mathias aus dem Thüringischen Küllstedt haben sich mit Ihrem Song gegen 200 Bands aus ganz Europa durchgesetzt. Eine Jury unter der Leitung des afrikanischen Popstars Salif Keïta hat ihnen beim europaweiten Song-Contest "Musik gegen die Armut" den ersten Preis verliehen.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9551_de.htm

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

1. EU-Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020

Nach der von der Kommission am 15.11. vorgestellten Strategie gilt es, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu Verkehrsmitteln, Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen (IKT) sowie zu anderen Einrichtungen und Diensten zu gewährleisten. In allen diesen Bereichen bestünden noch erhebliche Barrieren. In den kommenden 10 Jahren gehe es dabei um konkrete Maßnahmen wie die gegenseitige Anerkennung von Behindertenausweisen, die Förderung behindertengerechter Normung oder die gezielte Berücksichtigung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und bei den Vorschriften über staatliche Beihilfen. Bis 2012 ist ein „europäischer Rechtsakt über die Zugänglichkeit“ geplant, um den Binnenmarkt für barrierefreie Produkte und Dienste zu fördern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1505&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=933&furtherNews=yes>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/578&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Weitere Stabilisierung des Arbeitsmarkts in der EU

Nach dem von der Kommission vorgelegten Monatlichen Arbeitsmarkt-Monitor November 2010 stabilisiert sich der Arbeitsmarkt in der EU weiter - es gebe Zeichen der Erholung in einigen Mitgliedstaaten. Zum ersten Mal seit fast zwei Jahren gebe es Zeichen einer Beschäftigungsexpansion, und die Arbeitslosenquote in der EU habe sich im Großen und Ganzen stabilisiert. Trotz einer unerwartet schnellen wirtschaftlichen Erholung werde die Schaffung von Arbeitsplätzen in den kommenden Monaten vermutlich nur langsam fortschreiten. Gründe seien zum einen, dass Unternehmen während der Krise in erheblichem Ausmaß Arbeitskräfte gehortet hätten und zum anderen die notwendigen Bemühungen um Haushaltskonsolidierung in den Mitgliedstaaten.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=113&newsId=937&furtherNews=yes>

3. Strategie der Gleichberechtigung und der Diversität bei der Beschäftigung

Der 4. Gipfel der Gleichberechtigung, der im Rahmen der belgischen Präsidentschaft der EU auf Initiative der stellvertretenden Premierministerin Joëlle Milquet organisiert wurde und der am 15./16.11. stattfand, konzentrierte sich auf die Bekämpfung der Diskriminierung und die Förderung der Gleichberechtigung in der Arbeitswelt. Er vereinte 500 hochkarätige Repräsentanten der Mitgliedstaaten, der Beitrittskandidaten, der Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), der Sozialpartner, der Gleichberechtigungsorganisationen, der europäischen NGOs sowie Vertreter internationaler Organisationen. Joëlle Milquet bestand auf der Dringlichkeit, die Gleichheit und Diversität in der Beschäftigung auf EU-Ebene und innerhalb der Mitgliedstaaten auf freiwilligere Art zu behandeln.

http://www.eutrio.be/files/bveu/101116-CP-Sommet_Egalite-site_FR_PART2_de.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/655&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Andor)

4. Gipfeltreffen der Ministerinnen der EU am 24.11. in Brüssel

Das 3. Gipfeltreffen der Ministerinnen der EU findet am Vorabend des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen statt und will die Bedeutung der Bekämpfung der verschiedenen Formen von Gewalt herausstellen. Sehr viele Frauen seien Opfer zahlreicher Formen von geschlechtsspezifischer Gewalt wie Gewalt in der Partnerschaft, Zwangsheirat, Gewalt im Zusammenhang mit der Ehre und Genitalverstümmelungen. Bei dem Gipfeltreffen wird eine Erklärung verabschiedet, die während der am 25./26.11. von der Kommission zum selben Thema veranstalteten Tagung vorgestellt wird.

<http://www.eutrio.be/de/gipfeltreffen-der-ministerinnen-der-europaeischen-union>

5. Geschlechtsspezifische Zwangspensionierung unzulässig

Wie von Generalanwältin Juliane Kokott vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass eine unzulässige Diskriminierung vorliegt, wenn eine nationale Regelung einem Arbeitgeber erlaubt, zur Förderung des Zugangs jüngerer Menschen zur Beschäftigung, Arbeitnehmer zu kündigen, die einen Anspruch auf Alterspension erworben haben, wenn Frauen diesen Anspruch in einem Alter erwerben, das fünf Jahre niedriger ist als das Alter, in dem der Anspruch für Männer entsteht. Im Ausgangsfall hatte eine Ärztin aus Österreich gegen ihre Zwangspensionierung mit 60 geklagt, da die Altersgrenze für Männer bei 65 liege.

[http://curia.europa.eu/jurispg/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-356/09](http://curia.europa.eu/jurispg/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-356/09)

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

Zulassung von Genmais beantragt

Die Kommission übermittelt dem Rat zwei Vorschläge zur Zulassung von Genmais für den Import und für die Verwendung als Nahrungs- und Futtermittel. Eine Anbaugenehmigung ist nicht geplant. Es handelt sich um einen Genmais von Monsanto (MON89034xMON88017) und um die erneute Zulassung des Genmais 1507 von Pioneer Overseas Corporation und Dow AgroSciences. Der Ständige Ausschuss für die Nahrungsmittelkette und die Tiergesundheit hatte am 15.11. keine qualifizierte Mehrheit zu diesen Vorschlägen erzielt. Wenn der Rat - wie zu erwarten - ebenfalls keine qualifizierter Mehrheit für oder gegen die Vorschläge aufbringen kann, obliegt die endgültige Entscheidung über die Zulassung der Kommission.

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm

b) Landwirtschaft

1. Bericht über Beratungssystem für die landwirtschaftlichen Betriebe

Um die Betriebsinhaber bei der Erfüllung der Standards einer modernen, qualitätsbetonten Landwirtschaft zu unterstützen, müssen die Mitgliedstaaten weiterhin ein umfassendes Beratungssystem für die Betriebe gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1782/2003 betreiben. Das landwirtschaftliche Beratungssystem sollte dazu beitragen, den Betriebsinhabern die Bewegung von Materialien und innerbetriebliche Prozesse im Zusammenhang mit dem Umweltschutz, der Lebensmittelsicherheit, der Tiergesundheit und dem Tierschutz bewusster machen, ohne ihre Verantwortung und Pflichten zur Erfüllung dieser Standards einzuschränken. Nach dem Bericht der Kommission vom 16.11. sollte das System durch die Einführung eines Betriebsberaters verbessert werden, der den Landwirten nicht nur die EU-Anforderungen, sondern auch die Ziele und die zugrunde liegenden Politiken erläutert.

http://ec.europa.eu/agriculture/farm-advisory-system/index_en.htm

2. Bessere Vorbeugung bei Blauzungenkrankheit

Mit dem Vorschlag der Kommission vom 15.11. zur Änderung der Richtlinie 2000/75/EG, der 2011 in Kraft treten soll, werden die Impfvorschriften mit den jüngsten technologischen Entwicklungen der Impfstoffproduktion in Einklang gebracht, so dass Impfstoffe nunmehr EU weit eingesetzt werden können. Es sei zu erwarten, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Blauzungenkrankheit durch den breiteren und flexibleren Einsatz von Impfstoffen begrenzt werden, da die direkten und indirekten Verluste der Landwirte (Krankheit und Sterblichkeit der Tiere, Störungen des Handels mit lebenden Rindern, Schafen und Ziegen) verringert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1506&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/food/animal/diseases/index_de.htm

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

Eingehende Prüfung der Beihilfen für deutsche Nichteisen-Metallerzeuger

Die Kommission hat ein Verfahren zur eingehenden Prüfung einer Regelung eröffnet, mit der deutsche Nichteisen-Metallerzeuger einen Ausgleich für einen Teil ihrer Stromkosten erhalten sollen. Deutschland beabsichtigt, für die energieintensive Erzeugung von Nichteisen-Metallen (Aluminium, Kupfer, Zink) Betriebsbeihilfen in Höhe von insgesamt 40 Mio. EUR zu gewähren, um den Erzeugern für das zweite Halbjahr 2009 eine Kompensation für einen großen Teil der in ihrem Strompreis enthaltenen CO₂-Kosten zu zahlen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1520&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Jährliche Inflationsrate im Euroraum in Oktober auf 1,9% gestiegen

Die jährliche Inflationsrate im Euroraum lag im Oktober 2010 bei 1,9%, gegenüber 1,8% im September. Ein Jahr zuvor hatte sie -0,1% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,4% im Oktober 2010. Die jährliche Inflationsrate der EU lag im Oktober 2010 bei 2,3%, gegenüber 2,2% im September. Ein Jahr zuvor hatte sie 0,5% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug 0,3% im Oktober 2010.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/172&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Produktion im Baugewerbe im Euroraum im September um 2,1% gefallen

Die saisonbereinigte Produktion¹ im Baugewerbe nahm im September 2010 gegenüber dem vorangegangenen Monat im Euroraum (ER16) um 2,1% und in der EU27 um 1,7% ab. Im August fiel die Produktion im Baugewerbe im Euroraum um 0,4% und blieb in der EU27 stabil. Im Vergleich zum September 2009 hat die Produktion im Euroraum im September 2010 um 8,1% und in der EU27 um 3,6% abgenommen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/173&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

1. Kommission schlägt EU-Korridore für Stromnetze und Gasfernleitungen vor

In ihrer Mitteilung vom 17.11. weist die Kommission im Stromsektor vier vorrangige Korridore aus: (i) Anbindung der Offshore-Windparks in den nördlichen Meeren und Stromspeicherung in Wasserkraftwerken in den Alpen und nördlichen Ländern, (ii) Heranführung von Strom aus Wind- und Sonnenenergie sowie Wasserkraft aus Südwesteuropa, (iii) Regionales Netz in Mittelost- und Südosteuropa und (iv) Integration des Energiemarkts im Ostseeraum. Im Gassektor wurden drei vorrangige EU-Korridore ausgewiesen (i) Pipeline aus dem Kaspischen Raum, (ii) Integration des Energiemarkts im Ostseeraum und Anbindung an Mittel- und Südosteuropa und (iii) Nord-Süd-Korridor in Westeuropa. Die Kosten für den Energietransport werden mit 200 Mrd. EUR veranschlagt, mit einem privaten Anteil von lediglich 100 Mrd. EUR.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1512&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/energy/infrastructure/strategy/2020_en.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/582&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

2. Verbraucher sollen von Sparpotenzial im Energiemarkt profitieren

Nach einer Studie der EU-Kommission könnten Verbraucher beim Wechsel zum billigsten Anbieter von elektrischem Strom etwa 100 EUR jährlich sparen. In 62% der Fälle hätten anonyme Tester günstigere Angebote gefunden. Die nationalen Regulierungsbehörden sollten Leitlinien ausarbeiten, die für eine effektivere Information der Verbraucher sorgen und ihnen den Preisvergleich und den Anbieterwechsel erleichtern. Die Kommission werde ermitteln, welche alternativen Streitbeilegungsverfahren sich am besten für die Strombranche eignen. Zur Verbesserung der Abrechnungen und der Bearbeitung von Beschwerden sollten die bereits vorhandenen Empfehlungen, etwa des Citizen's Energy Forums umgesetzt werden. Zum Vorschlagspaket würden die EU-Energieminister am 03.12. Schlussfolgerungen verabschieden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1507&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/consumers/strategy/facts_en.htm#Energy

http://ec.europa.eu/energy/gas_electricity/forum_citizen_energy_en.htm

c) Währung und Finanzen

1. Irland bittet um Einsatz des Euro-Schutzschirms

Der EZB-Rat begrüßte am 21.11. den Antrag Irlands auf finanziellen Beistand durch den Internationalen Währungsfonds (IWF), die EU und die Staaten der Eurogruppe. Die EZB sei sich mit der Kommission, den EU-Finanzministern und der Eurogruppe darüber einig, dass diese Hilfe für die Gewährleistung der Stabilität in der EU und im Eurogebiet erforderlich sei. Die Hilfe werde unter strengen Bedingungen auf der Basis eines von Irland mit dem IWF und der Kommission in Zusammenarbeit mit der EZB auszuhandelnden Programms gewährt. Nach Presseberichten soll das Abkommen Ende des Monats stehen. EU-Kreise gingen von einem Rettungspaket über 80 bis 90 Mrd. EUR aus. Die Eurogruppe hatte bereits am 16.11. ihre Bereitschaft zu Hilfsmaßnahmen erklärt.

<http://www.ecb.int/press/pr/date/2010/html/pr101121.en.html>

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/rettungsschirm-irland-braucht-rund-90-milliarden-euro;2697155>

http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_54/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/20101118-Eurogruppe-Irland.html?__nnn=true

2. Gesetzgebungsakte für neue Europäische Finanzaufsicht erlassen

Der Rat Ecofin verabschiedete am 17.11. , nach Zustimmung des EP, die Verordnungen zum Europäischen Ausschuss für Systemrisiken, der vor Systemrisiken im Finanzsystem warnen soll, und zu drei Aufsichtsbehörden (für Banken, Wertpapiere und Versicherungen) zur Beaufsichtigung des Finanzsektors auf Mikroebene. Die neuen Gremien werden Teil eines Europäischen Systems der Finanzaufsicht sein, zu dem auch die Aufsichtsbehörden der Mitgliedstaaten gehören werden.

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=536&lang=de>

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/117747.pdf

3. Letzte Frist für Westdeutsche Landesbank (WestLB)

Wie das Handelsblatt am 15.11. berichtete, muss die WestLB spätestens am 15.02.11. einen Sanierungsplan vorlegen. Die Frist gelte auch für den Verkauf der Immobilientochter Westimmo. „Wir werden uns hoffentlich auf diesen Restrukturierungsplan einigen als Basis für eine Entscheidung der EU-Kommission“, sagte Kommissar Joaquín Almunia am 15.11. nach einem Treffen mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und dessen nordrhein-westfälischen Amtskollegen Norbert Walter-Borjans (SPD) in Brüssel. Falls das Konzept Brüssel nicht überzeuge, droht der WestLB nach Überzeugung von Brüsseler Beobachtern die Schließung.

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/sanierungsplan-eu-setzt-der-westlb-eine-galgenfrist;2693130>

4. Verzicht auf zusätzliche Einlagensicherung für deutsche Sparkassen

Wie das Handelsblatt unter Bezugnahme auf Finanzkreise berichtet, hat die Kommission den Sparkassen den Erhalt ihrer Institutssicherung und den Verzicht auf ein zusätzliches System bei der Reform der Einlagensicherung signalisiert. Bedingung: sei das Ausscheiden der acht Landesbanken aus dem Haftungsverbund der 430 Sparkassen.

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/reform-der-einlagensicherung-todesstoss-fuer-die-landesbanken;2694173>

5. EZB zieht Vermeidung von Vermögensblasen in Analyse ein

In einem Aufsatz im EZB-Monatsbericht für November wird vor dem Hintergrund der Finanzkrise erstmals auch für die Einbeziehung der Vermögenspreise in die Geldpolitik plädiert. Eine Vermögenspreisblase liege dann vor, wenn der Preisanstieg allein auf einer Spekulation über einen weiteren Preisanstieg beruhe. Eine Zentralbank könne zur Bekämpfung von Vermögenspreisblasen einen restriktiveren Kurs in der Geldpolitik fahren als es die Entwicklung der Verbraucherpreise erfordere. Das Erkennen solcher Blasen sei nicht einfach, doch könnten Geldmengen- und Kreditindikatoren dazu beitragen, Hausse-Baisse-Zyklen an den Vermögensmärkten vorherzusehen. Die monetäre Analyse könne längerfristige Risiken für die Preisstabilität, die aus Boom-Bust-Zyklen bei Vermögenspreisen hervorgehen, einbeziehen.

http://www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2010/201011.mb_ezb_final_1000.pdf

6. EZB verstärkt Ankauf von Staatsanleihen

Nachdem die EZB drei Wochen lang keine Staatsanleihen mehr gekauft hatte, stieg sie in der Woche zum 05.11. mit 711 Mio. und in der Woche zum 12.11. mit 1.1 Mrd. EUR ein. Der Gesamtbestand beläuft sich nunmehr auf 65.1 Mrd. EUR. Nach Presseberichten beträgt der Anteil griechischer Anleihen über die Hälfte. Der Rest seien irische und portugiesische Staatstitel. Zuletzt seien es nach Marktkreisen vor allem irische Papiere gewesen.

<http://www.ecb.europa.eu/press/pr/wfs/2010/html/fs101116.de.html>

7. Warnungen vor Spekulationsblasen bei lockerer Geldpolitik

In einer Rede am 11.11. warnte EZB-Direktionsmitglied Jürgen Stark davor, dass eine zu lockere Geldpolitik sowohl hinsichtlich des Leitzinses als auch hinsichtlich unorthodoxer Maßnahmen wie der unbegrenzten Bereitstellung von Liquidität, potenziell zu mittelfristigen unerwünschten Nebeneffekten führen könnten. Hierzu zählten neben den inflationären Gefahren „auch der Aufbau neuer Spekulationsblasen getrieben durch Fehleinschätzungen von Risiken auf Seiten der Finanzmarktakteure“. Stark betonte, dass alle Sondermaßnahmen starke Eingriffe in den Marktmechanismus darstellten und nur solange beibehalten würden wie absolut notwendig. von Risiken auf Seiten der Finanzmarktakteure.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp101111.de.html>

8. EZB erweitert Zeithorizont für Maßnahmen zur Preisstabilität

In einer Rede am 18.11. auf der Zentralbankenkonferenz der EZB, erklärte EZB-Präsident Trichet, dass für das Ziel der Preisstabilität, d.h. mittelfristig einer Verbraucherpreisinflation von unter aber nahe 2%, der herkömmliche Zeitraum für makroökonomische Projektionen von zwei bis drei Jahren erweitert werden müsse. Die EZB richte sich vielmehr an der Stärke des Schocks aus, der die Wirtschaft in der Finanzkrise getroffen habe. Der relevante Zeitraum sei daher länger als unter normalen Umständen. <http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2010/html/sp101118.en.html>

9. Griechisches Defizit 2009 noch höher angesetzt

Nach der zweiten Meldung von Eurostat zu Defizit und Verschuldung 2009 liegen das öffentliche Defizit im Euroraum und in der EU27 bei 6,3% bzw. 6,8% des BIP und der öffentliche Schuldenstand bei 79,2% und 74,0%. Das höchste Defizit weist nunmehr Griechenland mit 15,4%/BIP vor Irland mit 14,4% auf. Den höchsten Schuldenstand weist ebenfalls Griechenland mit 126,8%/BIP vor Italien mit 116%/BIP auf. Die Werte für Deutschland sind 3% bzw. 73,4% und für Österreich 3,5% bzw. 67,5%:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/170&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

10. Rat tadelt Griechenland wegen Mängeln bei Statistikbehörden

Die EU-Finanzminister befanden am 18.11., dass die wiederholte Korrektur der griechischen Haushaltsdaten die Glaubwürdigkeit der statistischen Systeme Griechenlands und der EU in Frage gestellt habe. Der Rat hat die griechischen Behörden dringend aufgefordert, die institutionellen und methodischen Probleme zu lösen. Dank dem Aktionsplan für Statistik und Verwaltungsmanagement in Griechenland vom Mai seien Fortschritte zu verzeichnen. Es bestünden aber immer noch Kapazitätsdefizite bei den griechischen Behörden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/117790.pdf (Council Ecofin)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st15/st15908.de10.pdf> (Schlussfolgerungen)

VII. Justiz und Inneres

1. Gericht muss ausländische Bewertung von Rechtskraft anerkennen

Wie von Generalanwalt Yves Bot vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof in einem Vorlageverfahren des Oberlandesgerichts Stuttgart, dass es dem nationalen Richter, der einen Europäischen Haftbefehl ausstellt, obliegt, festzustellen, dass sich ein zuvor im Rahmen seiner Rechtsordnung erlassenes Urteil nicht auf dieselbe Handlung wie die in seinem Haftbefehl genannte erstreckt. Im Ausgangsfall hatte das OLG Stuttgart den Vollzug eines Europäischen Haftbefehls ausgesetzt, da der Täter bereits wegen Rauschgifthandels rechtskräftig verurteilt worden ist und die Strafe verbüßt hat und da es das neue Verfahren wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zum Zwecke des Drogenhandels als Verstoß gegen den Grundsatz einer Doppelbestrafung wegen ein und derselben Tat („ne bis in idem“) wertete.

<http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-11/cp100113de.pdf> (PM EuGH)

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=rechercher&numaff=C-261/09> (Urteil)

VIII. Verkehr

1. Fortschritte bei Verkehrsdialog der EU mit Russland

Kommissionsvizepräsident Siim Kallas begrüßte nach seiner Teilnahme am 4. internationalen Forum zu „Verkehr von Russland“ (Transport of Russia) die Fortschritte bei verstärkter Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland. Dies betreffe den Luftverkehr, den Seeverkehr, den Bahnverkehr, die Straßenverkehrssicherheit und die Sicherheit des Frachtverkehrs. Es gebe auch Fortschritte bei einem Rahmenwerk für einen effektiveren Verkehrsdialog.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1532&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/657&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=fr> (Rede Kallas)

2. Zusammenarbeit EU-USA bei Wettbewerb im Luftfahrtbereich

Die Kommission und das amerikanische Verkehrsministerium (U.S. Department of Transportation, DOT) veröffentlichten am 17.11. einen gemeinsamen Bericht, in dem sie feststellten, dass die Wettbewerbsstrukturen für die Luftfahrt auf beiden Seiten vergleichbar seien. Trotz aller rechtlichen Unterschiede gebe es Raum für die Kommission und DOT, kompatible regulatorische Ansätze zu entwerfen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1511&format=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en>
<http://www.dot.gov>.

IX. Medien und Informationsgesellschaft

1. Letzte Aufforderung zur Freischaltung der Hotline für vermisste Kinder

Die Kommission forderte am 17.11. vierzehn EU-Mitgliedstaaten zum letzten Mal auf, die europäische Hotline für vermisste Kinder so bald wie möglich freizuschalten. In Bulgarien, **Deutschland**, Estland, Finnland, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, **Österreich**, Schweden, Slowenien, Tschechische Republik und Zypern ist die Nummer noch nicht in Betrieb. Eltern und Kinder sollen unter der EU-weit einheitlichen Rufnummer 116 000 von jedem Ort in der EU aus telefonisch Hilfe erhalten können, wenn unterwegs – beispielsweise in den Ferien – ein Kind als vermisst gemeldet werden muss. I

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1513&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/justice/news/intro/news_intro_en.htm
<http://www.missingchildreneurope.eu/>

2. Europeana ermöglicht Online-Zugriff auf über 14 Millionen Objekte

Dank der europäischen digitalen Bibliothek [Europeana](http://www.europeana.eu) hat heute jedermann weltweit Zugriff auf über 14 Millionen digitalisierte Bücher, Landkarten, Fotos, Gemälde, Filme und Musikstücke, die sich im Besitz von Kultureinrichtungen in ganz Europa befinden. Europeana war 2008 mit zwei Millionen Objekten angetreten und hat das ursprünglich für 2010 angepeilte Ziel von 10 Millionen Objekten bereits übertroffen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1524&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/10/586&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Rat unterstützt Digitalisierung von europäischem Filmerbe

Die EU-Kulturminister sprachen sich am 18.11. für eine Digitalisierung aus, und riefen die Mitgliedstaaten auf, das digitalisierte Filmerbe Online zugänglich zu machen, etwa über „Europeana“. Die Kommission wird ersucht, ein geeignetes rechtliches Rahmenwerk für Filmarchive zu prüfen. Ferner sollte Forschung zur langfristigen Haltbarkeit von digitalem Material gefördert werden.

<http://www.consilium.europa.eu/showFocus.aspx?id=1&focusId=537&lang=de>
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st14/st14711.de10.pdf> (Schlussfolgerungen)

4. Unterstützung für Digitalisierung von Kinos

In seinen Schlussfolgerungen zu den Chancen und Herausforderungen für das europäische Kino im Digitalzeitalter begrüßt der Rat die entsprechende Mitteilung der Kommission und plädiert für Unterstützung für Kinos, die nicht in der Lage sind, die Kosten der Digitalisierung zu tragen, damit sie sich digital ausrüsten können und es

ihnen ermöglicht wird, gegenüber den Kinos, die sich beispielsweise im Wege von VPF-Modellen ausrüsten konnten, wettbewerbsfähig zu bleiben.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/117839.pdf (Council Education)
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st15/st15449.de10.pdf>

X. Bildung, Forschung, Kultur

a) Bildung und Sport

1. Prioritäten bei der beruflichen Bildung im Zeitraum 2011-2020

Im Jahr 2020 sollte die berufliche Bildung nach den Schlussfolgerungen der EU-Bildungsminister attraktiver, relevanter, stärker laufbahnbezogen, innovativer, leichter zugänglich und flexibler sein als im Jahr 2010 und zu Spitzenleistungen und Gerechtigkeit beim lebenslangen Lernen beitragen, indem sie eine attraktive berufliche Bildung für alle (Erstausbildung und Weiterbildung) mit hochqualifizierten Lehrern und Ausbildern, innovativen Lernmethoden, ausgezeichneten Infrastrukturen und Einrichtungen, hoher Arbeitsmarktrelevanz und anschließenden Fortbildungsmöglichkeiten bietet. <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st15/st15010.de10.pdf>
http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/117839.pdf (Council Education)

2. Rolle der Bildung bei Armutsbekämpfung

Die EU-Bildungsminister waren sich über die entscheidende Rolle der Bildung bei der Überwindung von Armut einig. Zahlreiche Minister wiesen auf das Erfordernis frühkindlicher Erziehung hin. Kindern aus Einwandererfamilien müsse beim Spracherwerb geholfen werden. Besondere Unterstützung benötigten Roma. Erziehung allein genüge aber nicht. Erforderlich sei eine Zusammenarbeit auf Gebieten wie Gesundheit, Kultur Beschäftigung und Stadtplanung. http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/117839.pdf (Council Education)

3. Wichtige Rolle von Jugendarbeit

Die EU-Jugendminister stellten fest, dass junge Menschen ein fester Bestandteil einer zunehmend komplexen Gesellschaft sind. Sie würden werden durch vielfältige unterschiedliche Einflüsse und Milieus, das Zuhause, die Schule, den Arbeitsplatz, Gleichaltrige und die Medien geprägt. Vor diesem Hintergrund könne Jugendarbeit eine wichtige Rolle in der Entwicklung junger Menschen spielen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/117839.pdf (Council Education)
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st14/st14847.de10.pdf> (Schlussfolgerungen)

4. Zugang junger Menschen zur Kultur

Die EU-Jugendminister stellten fest, dass der Zugang junger Menschen zur Kultur zwei Hauptaspekte umfasst: junge Menschen als Nutzer, Käufer, Konsumenten und Zielgruppe sowie junge Menschen als aktiv Beteiligte und Schöpfer von Kunst und Kultur. Dies sei sehr wichtig für ein gutes Zusammenwirken von Jugend- und Kulturbereich.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/117839.pdf (Council Education)
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st14/st14849-re01.de10.pdf>

5. Rolle der EU im internationalen Kampf gegen Doping

Die EU-Sportminister verabschiedeten Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten in denen sie darauf hinweisen, dass der Rat am 4. 12. 2000 Schlussfolgerungen angenommen hat, in denen vorgesehen ist, dass vor jeder Sitzung der Internationalen Anti-Doping-Agentur (WADA) binnen einer angemessenen Frist auf Veranlassung des Vorsitzes eine Koordinierung zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten stattfinden sollte. Sie bekräftigten, dass den Standpunkten der EU und ihrer Mitgliedstaaten bei den Beratungen der WADA gebührendes Gewicht beigemessen werden sollte und dass die Standpunkte der EU und der Mitgliedstaaten auf Veranlassung des Vorsitzes binnen einer angemessenen Frist vor den Sitzungen der WADA effizient koordiniert werden müssen.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/117839.pdf (Council Education)
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st16/st16009.de10.pdf>

b) Forschung

Expertengruppe bewertet 7. Forschungsrahmenprogramm

Der Bericht des Schweden Rolf Annerberg bietet eine detaillierte Bewertung der bisherigen Durchführung des RP7 und enthält zehn Empfehlungen für Verbesserungen: (i) Überwindung der fragmentierten Forschung bei gleichzeitiger klarer Arbeitsteilung zwischen EU-Ebene und nationalen Programmen, (ii) hochwertige Forschungsinfrastrukturen, (iii) Derzeitige Förderhöhe als Mindestmaß, (iv) Teilnahme von KMU, Hochschulen und Forschungs- und Technologieorganisationen im Rahmen einer ausgereiften Innovationsstrategie, (v) Quantensprung durch Vereinfachung, (vi): Größerer Schwerpunkt auf offenen Ausschreibungen, (vi) Moratorium für neue Instrumente, bis die bestehenden evaluiert sind, (vii) Ausbildung in der Forschung zwecks Verknüpfung von Forschung und Innovation, (viii) Stärkere Beteiligung von Frauen, (ix) Aufbau von Verbindungen zwischen FRP und Strukturfonds und (x) Überprüfung aufgrund einer Analyse der derzeitigen internationale Zusammenarbeit.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1525&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/research/evaluations>. (Bericht)

c) Kultur

1. Rolle der Kultur bei der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

In ihren Schlussfolgerungen forderten die Kulturminister die Einbeziehung der kulturellen Dimension in die Strategien zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung. Ferner sprachen sie sich für die Förderung der sozialen Integration durch kulturpolitische Maßnahmen und die Förderung kultureller Aktivitäten in sozialen Einrichtungen, Bildungseinrichtungen und Jugendeinrichtungen aus. Außerdem plädierten sie für die Nutzung des Potenzials der Kultur zur Bekämpfung von Stereotypen und Vorurteilen gegen bestimmte gesellschaftliche und kulturelle Gruppen, die mit Armut oder sozialer Ausgrenzung konfrontiert sind.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/educ/117839.pdf (Council Education)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st15/st15448.de10.pdf> (Schlussfolgerungen)

2. Literaturpreis der Europäischen Union 2010 verliehen

Elf Autorinnen und Autoren wurden am 18.11. in Brüssel mit dem EU-Literaturpreis 2010 ausgezeichnet, der an Nachwuchsautorinnen und -autoren vergeben wird. Die diesjährigen elf Preisträger wurden von nationalen Jurys in folgenden Ländern ausgewählt: Belgien, Zypern, Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Luxemburg, Rumänien, Slowenien, Spanien und in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. Aus Deutschland kam Iris Hanika („Das Eigentliche“).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1523&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://www.euprizeliterature.eu>

http://ec.europa.eu/culture/our-programmes-and-actions/doc627_en.htm

XI. Sonstiges

1. Der Wettbewerb Europäischer Jugendkarlspreis 2011 geht an den Start.

Das EU-Parlament und die Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen laden junge Menschen aus allen Mitgliedstaaten der EU zur Teilnahme ein. Die Gewinnerprojekte sollten Vorbilder für junge Menschen aus ganz Europa sein und praktische Beispiele dafür darstellen, wie Europäer in Gemeinschaft zusammenleben. Programme zum Jugendaustausch, künstlerische Projekte und Internetprojekte gehören zu den ausgewählten Projekten. Der Einsendeschluss für Vorschläge zum Jugendkarlspreis 2011 ist der 23. Januar 2011.

http://www.europarl.de/view/de/Jugend/Jugendkarlspreis_2011.html

2. "Zug der Erinnerung" ausgezeichnet

Die Kommission hat am 17.11. den deutschen "Zug der Erinnerung" als eines von acht Projekten aktiver europäischer Bürgerschaft ausgezeichnet. Der "Zug der Erinnerung" erinnert an Kinder in ganz Europa, die während des 2. Weltkriegs in Konzentrationslager deportiert wurden. Der "Zug der Erinnerung" hält an den Bahnhöfen, durch die die Kinder auf ihre letzte Reise geschickt wurden.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9547_de.htm